

# PLANFESTSTELLUNGSVERFAHREN BEIM FERNSTRASSENBAU



**Planfeststellungsverfahren** sind (Bau-)Genehmigungsverfahren für größere Infrastrukturvorhaben, die eine **Vielzahl von öffentlichen und privaten Interessen** berühren. Sie dienen der verwaltungsmäßigen Bewältigung solch komplexer, raumbezogener Vorhaben und befassen sich mit deren Einordnung in die vorhandene Fläche sowie in die Umwelt.

## Umsetzung eines Infrastrukturvorhabens

Das Planfeststellungsverfahren reiht sich in einen Ablauf verschiedener Phasen ein, an deren Ende der eigentliche Bau des Infrastrukturprojektes steht:



Zurzeit befindet sich die Planung der B 3 Ortsumgehung Elstorf im Abschluss der Vorentwurfsphase (Entwurfsplanung). Am 30. November 2023 hat die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) die Entwurfsunterlagen dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) zur abschließenden Prüfung vorgelegt. Mit der Bestätigung des Vorentwurfs (Gesehenvermerk) durch das BMDV wird das Planungsteam der B 3 Ortsumgehung Elstorf mit der Erarbeitung der Planfeststellungsunterlagen beginnen.

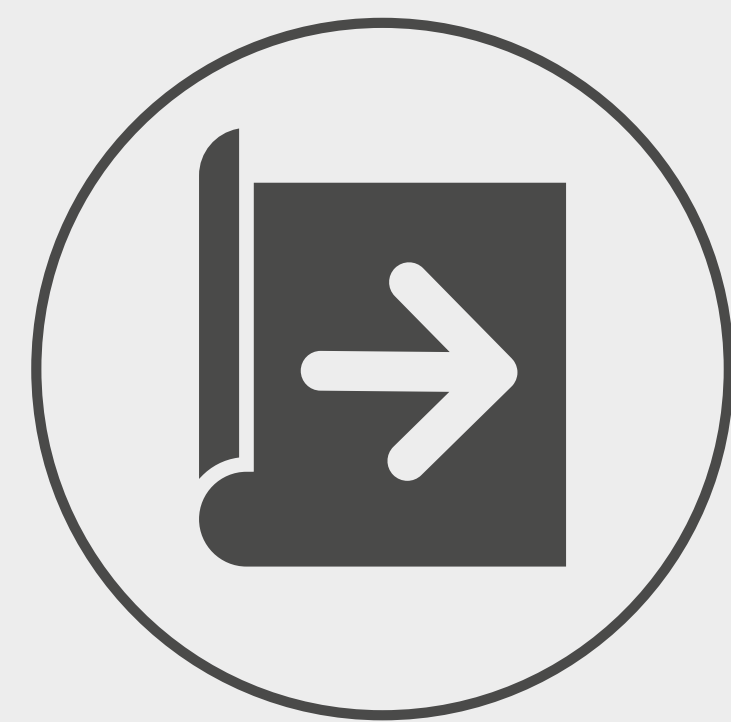
## Wie läuft ein Planfeststellungsverfahren ab?

Bis zum Planfeststellungsbeschluss gibt es innerhalb des Planfeststellungsverfahrens verschiedene Schritte, die durchlaufen werden: Dazu zählen z.B. eine öffentliche Auslegung der Planungsunterlagen sowie ein Erörterungstermin, bei dem etwaige Einwenderinnen und Einwender ihre Bedenken gegen das Vorhaben einbringen können.



**01**

Der **Vorhabenträger** (beim Projekt B 3 OU Elstorf der Geschäftsbereich Lüneburg der NLStBV) erstellt umfangreiche **Planunterlagen** und reicht diese mit dem **Antrag auf Planfeststellung** bei der zuständigen Planfeststellungsbehörde ein (für Bedarfsplanmaßnahmen in Niedersachsen das Dezernat 41 der NLStBV).



**02**

Für das folgende **Anhörungsverfahren** werden allen betroffenen Trägern öffentlicher Belange (also Fachbehörden, Gemeinden, Verbänden etc.) die Planunterlagen zur Verfügung gestellt.



**03**

Zudem werden die Pläne **einen Monat** lang in den betroffenen Gemeinden **öffentlich ausgelegt**. **Einwendungen** zu den Planungen können schriftlich an die Planfeststellungsbehörde gesandt oder bei den Gemeinden zur Niederschrift eingereicht werden.

**Einwendungszeitraum: 1 Monat** (während des Auslegungszeitraums) + mind. **2 Wochen**

(Gemäß aktueller Gesetzgebung kann der Einwendungszeitraum bei Vorhaben, für die Unterlagen in sehr großem Umfang eingereicht worden sind, verlängert werden.)



**04**

In der folgenden **Erörterung** werden alle Einwenderinnen und Einwender eingeladen, ihre Standpunkte mit dem Vorhabenträger zu diskutieren. **Ergebnisoffenheit** und möglichst ein **Interessenausgleich** sind das höchste Ziel.



**05**

Die Anhörungsergebnisse werden anschließend durch die Planfeststellungsbehörde abgewogen. Diese erteilt – sofern **alle Voraussetzungen, Arbeitsaufträge und mögliche zusätzliche Prüfaspekte erfüllt** sind – den **Planfeststellungsbeschluss**. Damit gilt die Planung des Bauvorhabens abschließend als genehmigt.

Haben Sie noch Fragen? Dann wenden Sie sich gern an unsere Experten hier vor Ort, schreiben Sie uns eine E-Mail an [poststelle-lg@nlstbv.niedersachsen.de](mailto:poststelle-lg@nlstbv.niedersachsen.de) oder rufen Sie uns an: 04131/8305-0

